

„1849 – 1919 – 1949 - 1989.

Politische Traditionsbildung in der pluralistischen Gesellschaft“

Thomas Stamm-Kuhlmann

**Vortrag in der Veranstaltungsreihe „Universität im Rathaus“
am 9. November 2009 im Rathaus der Hansestadt Greifswald**

1. Wie entsteht Tradition?

Wir alle haben ein Bild von der Geschichte.

Wir alle glauben zu wissen, wie die Vergangenheit aussah. Viele von uns haben ein Bild vom Mittelalter und dem, was „mittelalterlich“ sei, das die Fachleute uns seit Jahrzehnten als falsch bezeichnen, sich aber hartnäckig hält. Seit Jahrzehnten reden die Fachleute gegen unsere Vorurteile an, halten uns Quellenzeugnisse entgegen. Mit wenig Erfolg. Man könnte fast resignieren.

Auch Henry Ford hatte ein Bild von der Geschichte, als er sagte, Geschichte sei Quatsch. Eben dies war sein Geschichtsbild. Mit anderen Worten: Ein Geschichtsbild haben wir sowieso, es kommt nur noch darauf an, was man damit macht.

Zunächst einmal ist es keine Katastrophe, wenn die Menschen nicht so viel über Geschichte wissen. Unsere Schüler wissen nichts über die DDR? Ja, was haben sie denn aus dem Chemieunterricht behalten? Trotzdem funktionieren unsere Chemiefabriken im Land recht gut.

So gibt es auch über die großen Ereignisse, deren Gedenken in diesem Jahr [2009] ansteht, viele Bilder, die die Wissenschaft als voreilig oder gar falsch entlarven kann. Ich will Ihnen einige Beispiele eindeutig verkehrter Geschichtsbilder präsentieren, die mir immer wieder begegnen. Die Revolution von 1848/49 scheiterte an der weltfremden Debattiersucht ihres Professorenparlaments. Von wem haben wir das? Von Bismarck. Können wir Bismarck hier trauen, war Bismarck ein Freund dieser Revolution? Sicher nicht; er wollte mit bewaffneten Bauern nach Berlin marschieren und den König befreien. Warum ist die Revolution dann, wenn auch erst 1849, gescheitert, wenn doch die Reichsverfassung beschlossen und verkündet war und im Reichsgesetzblatt gedruckt vorlag? Weil die Könige der großen Einzelstaaten sie nicht anerkennen wollten. Die Weimarer Reichsverfassung von 1919, hören wir, hat versagt und uns den Hitler eingebrockt? Aber warum sind dann so viele Passagen

wortgleich ins Grundgesetz übernommen worden? Es muss an dieser Verfassung doch etwas Gutes zu finden sein.

An Hitler war wenigstens gut, sagt man, dass er Vollbeschäftigung hergestellt hat? Aber 1938 war das Reich bereits kurz vor dem Staatsbankrott. Auf der Straße sah man allerdings nur, dass es weniger Arbeitslose gab, die Staatsanleihen in den Büchern der deutschen Banken waren nur den Bankiers bekannt und die Zeitungen durften nicht darüber schreiben. 1948 wurde das Desaster offensichtlich: das Geld musste abgewertet werden. Nicht jeder aber war sich des Zusammenhangs bewusst, dass es hier nicht erst um Kriegsfolgen, sondern bereits um die Folgen einer mutwillig herbeigeführten Inflation ging.

War Ludwig Erhard der Vater der D-Mark? Die D-Mark ist eine Erfindung der Amerikaner, die die Geldscheine fertig gedruckt mit über den Ozean brachten. Ludwig Erhard ist aber sehr wohl der Vater der Marktwirtschaft, das kann man heute nicht bestreiten.

An der DDR war wenigstens gut, dass sie so konsequent mit der Entnazifizierung war? Aber die Entnazifizierung ist in der Sowjetzone nie beendet worden, sondern wurde durch Befehl der Militärregierung 1948 abgebrochen. Tausende von Fällen blieben unerledigt und wurden unter den Tisch gekehrt. Das weiß man aber nicht, weil die Militärregierung deklariert hatte, dass „beenden“ gleich bedeutend war mit „erledigen“.

Es gibt zwei verschiedene Motive, über das Geschichtsbild geteilter Meinung zu sein. Eines ist das *Nichtwissen*. Ein starkes Motiv, leider, aber sicherlich in den Zuständigkeitsbereichen anderer Fächer nicht weniger ausgeprägt. Oder wer kann uns schon erklären, warum wir einen Mangel an Ozon in den höheren Luftschichten über der Antarktis bedauern müssen, auf der Autobahn aber dasselbe Ozon, wenn es zu reichlich vorkommt, Grund für ein Fahrverbot ist? Warum aber sollten die Menschen Geschichte besser verstehen als Atmosphärenphysik?

Das andere Motiv ist die so genannte *Standortgebundenheit*. Zu ihr kann man sich auf verschiedene Weise verhalten. Die Version, die seit 1990 in Misskredit geraten ist, lautet, dass der Mensch einen Klassenstandpunkt mit bekommen hat, den er nur mit großer Anstrengung verlassen kann, und der seine Weltsicht bestimmt. Obwohl aber die Menschen die Natur und die Gesellschaft auf verschiedene Weise betrachten können, und obwohl „Objektivismus“ eine Fehleinstellung sein sollte, sollte es

doch angeblich eine „richtige“ Sicht auf die Dinge gegeben haben, nämlich diejenige, die der siegreichen Klasse eigen war.

Nachdem die selbst ernannte Avantgarde dieser Klasse samt ihrem Schwert und Schild sich auf der Verliererbank der Geschichte wieder gefunden hatte, und noch dazu die Klasse selbst zusehends wegrationalisiert wurde, ist es um diese Einstellung still geworden. Was aber nicht verschwunden ist, ist das Problem der Standortgebundenheit.

Das konnte man immer dann merken, wenn in der neuen vergrößerten Bundesrepublik die Frage nach dem „offiziellen Geschichtsbild“ gestellt wurde. Dann taten sich viele Geschichtsfunktionäre groß, indem sie sagten: Die Bundesrepublik Deutschland ist stolz darauf, kein offizielles Geschichtsbild zu haben. In der Tat gibt es keine Behörde und keine Kommission, deren Aufgabe darin bestünde, festzulegen, was in den Schulen und an den Universitäten gelehrt und in den Festreden der Politiker gefeiert werden soll. In der Tat kommen heute Bücher schneller auf den Büchermarkt als in der DDR, wo viele Bücher nie erschienen sind, weil der Prüfungsvorgang verschiedener Parteiinstanzen nicht zum Abschluss gekommen war. Trotzdem brauchen wir nur Philipp Jenninger zu fragen, um zu wissen, dass man in dieser BRD längst nicht alles sagen darf, ohne sein Amt zu verlieren. Ein trauriges Beispiel ist auch die publizistische Hinrichtung des Professors Andreas Hillgruber im so genannten Historikerstreit, in dem Jürgen Habermas eine unrühmliche Rolle gespielt hat.

Was ist hier am Werk?

Alexis de Tocqueville hat bereits bei seiner Amerikareise während des frühen 19. Jahrhunderts erstaunt festgestellt, dass die Amerikaner, damals das freieste Volk der Erde, von ihrer Freiheit wenig Gebrauch machten, sondern einem ängstlichen Konformismus anhängen. Freiheit führt also nicht unbedingt von selbst zur Vielfalt. Stattdessen gibt es genügend Vorgänge, die in den Bereich der Sozialpsychologie gehören, und die mit dem Wunsch zu tun haben, Isolation und Marginalisierung zu vermeiden. Es gibt aber auch, und darüber sollte man offen sprechen, Machtverhältnisse, die Anpassung erzwingen.

Als 2009 der Film von Al Gore über die Klimakatastrophe in Greifswald vorgeführt wurde, meinte ein anwesender Atmosphärenforscher, dass es gegenwärtig in den meisten Fachgesellschaften und Fachzeitschriften nicht möglich sei, mit der Auffassung durchzudringen, dass die von Gore beschriebenen Klimaprozesse doch

anders ablaufen. Das liege daran, dass die zurzeit in den Gesellschaften und Zeitschriften tonangebenden Personen mehr oder minder stillschweigend verabredet hätten, so und so Position zu beziehen.

Um diesen Vorgang geht es uns. Wie kommen diese stillschweigenden Verabredungen zustande? In der Wissenschaft weiß man es. Es gibt Schulbildungen, die in manchen Fällen ein ganzes Fach ausfüllen können. Es wäre mir ein Leichtes, Ihnen hier die maßgebenden Schulen in der bundesrepublikanischen Neuesten Geschichte darzustellen, die sich im Wesentlichen auf zwei Habilitationsväter zurückführen lassen, und wo sich inzwischen teilweise die Urenkel auf Lehrstühle bewerben. Wenn dann noch die Urväter sich entsprechend gut mit den Leitmedien und den gerade amtierenden Bundeskanzlern vernetzen, kann man sich den Rest vorstellen.

Um die *öffentliche Meinung* zu verstehen, brauche ich nur auf *Elisabeth Noelle-Neumann* und das von ihr vor dreißig Jahren beschriebene Phänomen der *Schweigespirale* zu verweisen, damit wir eine Ahnung davon haben, wie sich der Konformismus sozialpsychologisch erklären lässt.¹ Je lautstärker sich die Anhänger der Meinung A zu dieser Meinung bekennen und mit ihrem Namen und Gesicht dafür einstehen, desto duckmäuserischer werden die Anhänger der Meinung B, bis sie schließlich auf ein Bekenntnis ganz verzichten. Die Meinung B wandert in den Untergrund ab. Verschwunden ist sie keineswegs, sondern sie kann wieder auftauchen. Seit wir das wissen, sind Heerscharen von Kommunikationsexperten und Spin-doctors darum bemüht, die „Agenda“ zu besetzen und die „Deutungshoheit“ zu erobern.

Ich möchte nun darüber sprechen, welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben, dass *Meinungsbildung von Machtverhältnissen nicht zu trennen* ist. Das ist der pragmatische Aspekt der Sache. Ich möchte dann noch kurz etwas dazu sagen, was die Relativität von Deutungen betrifft, und schließlich meinen Vorschlag dazu präsentieren, welche Meinung wir trotz Pluralismus nach meinen Vorstellungen zu den in unserem Vortragstitel genannten Jahreszahlen haben *sollten*.

Ich glaube tatsächlich daran, dass wir die Tatsache der Machtabhängigkeit von Meinungen akzeptieren müssen. Die Schlussfolgerung kann, wie in der Demokratie üblich, nur lauten: Es muss Regeln für den Meinungskampf geben, die einen Rahmen

¹ Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut. München 1980.

setzen, Zensur findet nicht statt, Journalisten sind zur Sorgfalt verpflichtet und dürfen keine Falschmeldungen weiter tragen. Sodann aber gilt: Wer sich unterlegen fühlt, muss sehen, wie er die Oberhand bekommt. Dazu muss er schlau sein, klug wie eine Schlange, er darf trotzdem ohne Falsch sein wie die Tauben. Er kann sich neue Medien schaffen, indem er Zeitungen gründet oder Blogs schreibt. Er kann mit seinen Gesinnungsfreunden Leserbriefkampagnen verabreden, Unterschriftenaufrufe in die Zeitungen setzen, auf Schornsteine klettern, Raketenlager blockieren, Schwulenparaden veranstalten – das sind nur Beispiele dafür, wie Gruppen in der Vergangenheit erfolgreich die öffentliche Meinung verändert haben. Das weiß mittlerweile auch die NPD, und sie versucht manche dieser Vorgehensweisen zu kopieren. Solange sie auf dieser Ebene bleibt, ist das ihr Recht, und das fordert nur wieder entsprechenden Scharfsinn auf der Gegenseite heraus.

Damit will ich nicht gesagt haben, dass ein NPD-Verbot nicht ins Auge gefasst werden sollte. Dies aber nicht wegen der Ansichten dieser Partei über das Dritte Reich, sondern weil die NPD mit Drohungen und Gewalt operiert und eben deswegen eklatant die Regeln verletzt.

Man kann den Streit über die „richtige“ Interpretation der Vergangenheit und damit über die „wünschenswerten“ Traditionen im Gegensatz zu den unerwünschten damit vergleichen, wie in der Demokratie der Streit über die Bestimmung des Gemeinwohls ausgetragen wird.

Nicht nur der totalitäre Staat, sondern auch die Demokratie geht davon aus, dass auf die Dauer kein Staat bestehen kann, der nicht den Anspruch darauf erhebt, Exponent des Gemeinwohls zu sein. Der Unterschied besteht darin, dass die totalitäre Diktatur von der Hypothese eines eindeutig bestimmbar, a priori vorgegebenen Gemeinwohls ausgeht. Der Pluralismus beruht dagegen, wie *Ernst Fraenkel* es 1964 formuliert hat,

auf der Hypothese, in einer differenzierten Gesellschaft könne im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht werden.

Der Pluralismus, fährt Fraenkel fort,

„hält zwar ein Minimum von Homogenität für erforderlich, jedoch ein Maximum von Homogenität nicht für erstrebenswert“.²

Nun gehört allerdings der Bereich der Traditionsbildung nach der Ansicht mancher in jene Zone, in der Homogenität wünschenswert wäre. Denn die Traditionen sind es häufig, von denen erwartet wird, dass sie den Zusammenhalt des Gemeinwesens jenseits der Interessenkonflikte herstellen und damit sein Überleben sichern. Es sind die Geschichten von der Laterne im Kirchturm von Boston, von Paul Revere und seinem Ritt nach Concord, oder die Geschichten von der Entstehung der amerikanischen Flagge und Betsy Ross, die das erste Exemplar genäht hat, die den Zusammenhalt des heterogenen amerikanischen Gemeinwesens sichern halfen. Könnten wir ihnen nicht für unsere Zwecke die Geschichten von der Leipziger Nicolaikirche oder von dem Konzert des Gewandhausorchesters am 9. Oktober 1989 gegenüberstellen, wäre die Frage.

Das können und sollten wir tun, und ich spreche mich hier dafür aus, dass wir mit Absicht daran gehen, solche Erzählungen für unsere Erinnerung zu schaffen und eine Art von *Kanon des Überlieferungswürdigen aufzustellen*. Wir müssen uns nur darüber Rechenschaft ablegen, dass wir damit den Bereich der Wissenschaft verlassen, deren Auftrag im Gegenteil darin besteht, uns das Bewusstsein für die Konstruiertheit solcher Geschichten wach zu halten. In genau dieser Spannung aber müssen wir existieren: im Wissen von der Möglichkeit, Legenden zu dekonstruieren – genau das hat die Geschichtswissenschaft erst Wissenschaft werden lassen – und im gleichzeitigen Wissen von dem Bedürfnis nach Mythisierung für die Zwecke des Lebens. Diese *ironische, reflektierte* Verwendung von Mythen erscheint mir einem aufgeklärten Zeitalter angemessen zu sein.

Wie kommt aber der Kanon zustande? Natürlich zum einen durch Kraftakte von Institutionen, die sich zur Sinnstiftung berufen fühlen. Unsere Bundespräsidenten haben sich immer wieder dieser Aufgabe gewidmet. Theodor Heuss hat mit einer frühen Rede auf dem Gelände des Konzentrationslagers Bergen Belsen seine Mitbürger aufgefordert, sich der Tatsache der nationalsozialistischen Verbrechen erst einmal zu stellen. Mühsam wurde über mehr als zwanzig Jahre daran gearbeitet, aus dem Aufstand des 20. Juli einen Vorläufer der Bundesrepublik zu machen. Hier war die Regierung weiter als große Teile der Bevölkerung, die in Stauffenberg noch lange

² Ernst Fraenkel: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. In: Ders., Deutschland und die westlichen Demokratien. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1990, S. 297-325, hier S. 311.

einen Verräter erblickten. Besonders erfolgreich war Richard von Weizsäcker 1985 mit seiner Rede, in der er den Westdeutschen nahelegte, ob nicht auch sie die Kapitulation des Jahres 1945 als eine Befreiung auffassen könnten. Zur selben Zeit durften die Bürger der DDR immer noch nicht die Zweifel äußern, die sie angesichts vielfacher 1945 stattfindender Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung und sofort einsetzenden geheimpolizeilichen Terrors der sowjetischen Sicherheitskräfte im Stillen gegen die Befreiungsthese hegten.

Manchmal genügte gutes Zureden von obrigkeitlicher Seite nicht. Gezielte Provokationen fanden von anderer Seite statt. Es wäre zu fragen, ob die öffentliche Ohrfeige von Beate Klarsfeld für Bundeskanzler Kiesinger nicht inzwischen auch einen Beitrag zum Geschichtsverständnis der Bundesrepublik darstellt.

Das bedeutet: Auch der scheinbar notwendige Minimalkonsens, den Ernst Fraenkel vorausgesetzt hat, muss erkämpft werden. Es ist zum Beispiel ein grandioses Missverständnis, wenn die Deutschen nach Frankreich blicken und neidisch feststellen, dass die Franzosen so wunderbar unverkrampft ihren *Quatorze Juillet* begehen. Um das tun zu können, haben sie hundert Jahre gebraucht. Denn so lange dauerte es, ehe der Bastillesturm von einer Mehrheit der Franzosen als ein Ereignis angesehen wurde, das sie alle anging, statt die Gesellschaft zu spalten. Und auch dann erst, ungefähr zu der Zeit, als der Eiffelturm zum Gedächtnis an die Revolution errichtet wurde, einigte man sich auf diesen Tag als einen nationalen Feiertag. Unter der Herrschaft Napoleons I. war das Singen der Marseillaise sogar abgeschafft gewesen, danach war sie zunächst verboten.

Deswegen müssen auch wir uns nicht wundern, wenn sich erst allmählich ein Kanon an Gedenktagen herausbildet, den Ost- und Westdeutsche gemeinsam begehen können. Ich will nun jetzt nicht dazu auffordern, dass wir uns um unser historisches Gedenken raufen, aber ich will darauf hinweisen, dass das, was ich als *Deutung* der Jubiläen vortragen möchte, zwei Eigenschaften hat. Es ist bewusst standortgebunden und stellt eine willkürliche Verknüpfung von Tatsachen dar, die dazu vorgenommen wurde, einen roten Faden entstehen zu lassen, der uns durch unsere Geschichte führt. Wahrscheinlich wird der Meinungskampf dazu führen, dass wir Gedenktage und Gedenkort bekommen, die sich sogar widersprechen – und trotzdem in einem höheren Sinn zusammengehören. So hat sich die demokratische Bundesrepublik, die zuerst Gedenkstätten für die Bundeskanzler Konrad Adenauer und

Willy Brandt und für den Reichspräsidenten Friedrich Ebert geschaffen hat, heute auch eine von der öffentlichen Hand getragene Otto von Bismarck-Stiftung zugelegt. Das tat sie im Wissen, dass der hier geehrte Reichskanzler und der bereits vor ihm geehrte Reichspräsident zu Lebzeiten tief verfeindet waren, wie das Bismarcksche Sozialistengesetz beweist, unter dem Ebert in seiner Jugend gelitten hat. Im Tode, so könnten wir sagen, sind sie alle vereint. Das wäre, wie Fraenkel sagen würde, ein Beispiel für den *a posteriori* gefundenen Konsens, der in Wahrheit ein *Kompromiss* ist und darum auch nicht widerspruchsfrei sein muss. Klar ist gleichzeitig auch, dass der Kompromiss Grenzen hat. Es gibt offenkundige Unwahrheiten, die sich an dem stoßen, was die Historiker das *Vetorecht der Quellen* nennen. Man kann sich nicht hinstellen und eines Tages behaupten, die Berliner Mauer hätte nie existiert. Und schließlich deckt der Wertekonsens nicht alles ab, sondern schließt auch aus. So sehe ich auch in ferner Zukunft keine Chance dafür, die Expansionspolitik Hitlers wohlwollend verzeihend in den Konsens aufzunehmen, wie es mit Bismarck möglich war.

Deutungen aber können niemals absolute Geltung beanspruchen. Genau darin unterscheidet sich eine solche Deutung von der *Geschichtsmetaphysik* der SED. Die SED behauptete, sie habe das *den Dingen innewohnende Wesen* erkannt. Wäre das so, gäbe es in der Tat zu ihrer Auffassung keine Alternative. Demgegenüber sage ich, dass es sich bei meinem roten Faden lediglich um ein Ordnungskonzept handelt, das in meinem *Kopf* existiert, und das ich den Dingen überstreife, so, wie man ein Gradnetz über die Erdkugel legen kann. Die Wahl der erinnerungswürdigen Daten ist eine Wertentscheidung und kein Tatsachenurteil. Und ein bisschen ist diese Wahl ja auch durch einen ästhetischen Gesichtspunkt bestimmt, der den Dingen ebenfalls äußerlich ist. Warum wir gerade 150ste, 90ste, 60ste und 20ste Jahrestage wählen, ist ja lediglich eine Konvention.

2. Unsere Gedenktage

Wir können also versuchen, in den Jahren 1849 bis 1989 einen *Fortschritt in der Entfaltung der Freiheit* zu erkennen. **1849** wurde immerhin ein Verfassungsdokument verabschiedet und gedruckt, das dann nicht in Kraft getreten ist, so wenig wie die im europäischen Konvent unter Giscard d'Estaing ausgearbeitete europäische Verfas-

sung. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849 hat zum einen die Idee des deutschen Nationalstaats statuiert. Sie hat sodann einen Grundrechtskatalog festgehalten und dabei die herkömmlichen, schon aus den früheren Menschenrechtserklärungen bekannten Rechte um neu gefasste Rechte erweitert, zum Beispiel die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre in den Rang eines Grundrechts erhoben. Diese Verfassung hat die Todesstrafe und alle Körperstrafen abgeschafft und das Unterrichtswesen verstaatlicht – und damit den Kirchen entzogen. Untertänigkeits- und Hörigkeitsverbände sowie Lehensverhältnisse wurden aufgehoben, Fideikomisse abgeschafft. Damit wurden wesentliche Elemente einer sozialen Vormachtstellung des Adels beseitigt. Paragraph 188 sagt:

„Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.“

Das war für die Tschechen gedacht, die die Nationalversammlung gern nach Deutschland eingemeindet hätte, wenn die cisleithanischen Gebiete Österreichs dem Reich beigetreten wären. Es war aber auf jeden Fall vorausschauend. Angesichts der gegenwärtigen Versuche, Deutsch als einzige Amtssprache im Grundgesetz zu verankern, macht das sogar nachdenklich. Einen statuierten Grundsatz der Volkssouveränität gab es in dieser Verfassung nicht – den hatte man 1848 in die Verfassung des Königreichs Preußen zu schreiben versucht, was dann den König zur Gegenrevolution herausgefordert hatte. Was nicht in der Verfassung stand, aber sich mit ihr im Zusammenhang befand, war das *Reichswahlgesetz*, das das gleiche, allgemeine Wahlrecht für Männer festschrieb – eine Neuerung, an die in Großbritannien damals kaum zu denken war, und eine Neuerung, die Bismarck für das unter seiner Führung gegründete Kaiserreich übernommen hat.

Das Scheitern dieser Verfassung von 1849 hatte handfeste Gründe. Das neue Deutsche Reich sollte ein Bundesstaat sein. In den Einzelstaaten, auf die es ankam, das heißt in den fünf Königreichen, die den Löwenanteil Deutschlands ausmachten, hatte sich die Gegenrevolution durchgesetzt, und deshalb waren die Monarchen dort stark genug, die Einführung der Verfassung zu verweigern. Dass die Nationalversammlung weiter bestand, wenn sie auch nach Stuttgart umziehen musste, dass es eine Volkserhebung für die Ratifizierung dieser Verfassung gegeben hat, die in einen Bür-

gerkrieg mündete, das hat man in den Schulen der DDR präziser unterrichtet als dort, wo dieser Bürgerkrieg stattgefunden hat, nämlich am Rhein. Niedergeschlagen hat die Volkserhebung der spätere Kaiser Wilhelm I., der in den heutigen Traditionseinrichtungen nur als gütiger alter Herr fortlebt. Man gehe einmal nach Hohenzieritz ins Königin Luise- Museum! Dort wird zwar erwähnt, wie beliebt dieser Sohn der Königin Luise in späteren Lebensjahren war, von seiner Verantwortung für die Todesurteile von Rastatt erfährt man dort keine Silbe. Auch nicht, dass dieser Herr einmal der „Kartätschenprinz“ genannt worden war. Hier sieht man auch, was vom Schulunterricht der DDR übrig geblieben ist.

Hier rede ich mich leicht in Rage, weil ich meine, dass genau dieses Wissen zu unserer Traditionsbildung gehören sollte. Und hier sehen Sie auch schon, wie persönlich und partikulär ein solches Traditionsbewusstsein ist. Jedenfalls Sorge ich dort, wo ich meinen Einfluss geltend machen kann, zum Beispiel, wenn ich einen entsprechenden Lexikonartikel schreibe, dafür, dass diese Fakten hervorgehoben werden.

1919 lautete die Präambel der Weimarer Reichsverfassung:

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den *gesellschaftlichen Fortschritt* zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Ich finde das eine schöne Präambel. Trotzdem gibt es kaum ein Datum, über das mehr Verachtung ausgeschüttet worden ist, als die deutsche Revolution von 1918/19, und es wäre zu fragen, ob nicht die Verunglimpfung der „Novemberverschörer“ durch die Nazis auch in die nachfolgenden Regimes in Ost und West mitgeschleppt worden ist. Dabei gibt es keinen Zweifel, dass die am 11. August 1919 verabschiedete Reichsverfassung auf der Höhe ihrer Zeit war. Sie hat Traditionen von 1849 aufgenommen und fortgebildet, indem sie beispielsweise die Volkssouveränität in Artikel 1 ausdrücklich statuiert hat. Sie hat den Föderalismus bewahrt, aber die Haushaltskraft der Zentralgewalt gestärkt und dem Bundesstaat insgesamt eine stärker unitarische Tendenz gegeben. Die nach dem unseligen Verhalten Hindenburgs so heftig geschmähte starke Stellung des Reichspräsidenten war von Max Weber, der die Abgeordneten der Nationalversammlung beraten hatte, auch als Gegengewicht zu möglichen tyrannischen Tendenzen des Reichstags konzipiert worden, wie

sich das Weber in Anlehnung an die amerikanischen *Federalist Papers* vorgestellt hatte.

„Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden“ – Artikel 105 der Weimarer Reichsverfassung – steht genau so schon in § 175 der Frankfurter Reichsverfassung und taucht wörtlich in Artikel 101 des Grundgesetzes wieder auf. Ein Beispiel für mehrere.

Ins Grundgesetz übernommen wurden durch bloße Aufzählung vier Artikel der Weimarer Reichsverfassung, die die Rechte der Religionsgesellschaften regeln. Aus der Weimarer Reichsverfassung und der ihr vorangegangenen Revolution sind uns überkommen die in Artikel 165 WRV vorgesehenen *Betriebsräte* – das einzige, was von der Zeit der Räteherrschaft übrig geblieben ist. Opel-Betriebsratsvorsitzender Klaus Franz könnte sich also als Erbe der Novemberrevolution und der Weimarer Verfassung fühlen. Fraglich, ob er je darüber nachgedacht hat. Bezeichnend übrigens, dass die Betriebsräte in der DDR, die sich so lauthals als Erbin Liebkechts ausgab, sehr früh ausgeschaltet worden sind. Sie widersetzten sich zu sehr der zentralistischen Lenkung von oben.

Dass die Katastrophe von 1933 nicht zwangsläufig war, sondern auch hätte abgewendet werden können, dafür sprechen zahlreiche Zeugnisse von demokratischen Politikern der Weimarer Republik, die belegen, dass man die von Hitler und seiner Bewegung ausgehende Gefahr sehr wohl durchschaut hatte; Äußerungen, die man geradezu als dramatisches Offenlegen von Hitlers Absichten anerkennen muss.

Wenn es den Westmächten gelang, ab 1945 in ihren Besatzungszonen recht schnell ein demokratisches Leben in Gang zu setzen, dann war das nur möglich, weil es etwas gab, an das sie anknüpfen konnten. Die Bundesrepublik wurde zu einem großen Teil von einer Generation aufgebaut, die, wie Konrad Adenauer selbst sagte, in normalen Zeiten gar nicht mehr angetreten wäre, aber noch einmal in die Bresche springen musste, weil die Jungen von der nationalsozialistischen Propaganda verseucht waren. Wenn es stimmen sollte, dass manche amerikanische Planer des Irakfeldzuges geglaubt haben, im Irak könne man die Demokratie aufbauen, wie man das in Deutschland gemacht habe, dann könnte der Unterschied ja gerade darin liegen, dass der Irak kein 1849, keinen Immanuel Kant und insgesamt weniger demo-

kratische Traditionen aufzuweisen hatte als Deutschland. Ich hoffe, dass ich dem Irak mit dieser Unterstellung nicht zu nahe getreten bin.

Das führt uns zum Jahr **1949**.

Man hatte bereits ein Jahr zuvor begonnen, den neu zu organisierenden Staat in eine historische Perspektive zu stellen. Geschichtsdeutung ist nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach reflektiert. *Unsere* Traditionsbildung ist nie unvoreingenommen, sondern reagiert ihrerseits bereits auf Kontinuitätslinien, die in Momenten historischer Zäsur konstruiert wurden. So müssen wir zum Beispiel heute dazu Stellung beziehen, wie die Väter und Mütter des Grundgesetzes sich selbst verortet haben. 1948 hatte man, da das Zentennium der Paulskirche in Frankfurt am Main zu begehen war, die Ruine dieser Versammlungsstätte wieder instandgesetzt und aus einer einst als Zentralbau konzipierten klassizistischen Kirche jenen seltsamen Friedenspreisverleihungssaal gemacht, den wir heute kennen und der natürlich längst ein Denkmal frühen bundesrepublikanischen Selbstgefühls geworden ist. 1988 hatten die aus Materialmangel getroffenen Entscheidungen wie jene, die ursprüngliche Kuppel durch ein Flachdach zu ersetzen, bereits ihrerseits Denkmalswert erworben, so dass man es während der bis 1991 dauernden großangelegten Renovierung dabei beließ. Aus der heutigen Paulskirche spricht dieselbe Sprache wie aus dem weißen Bauhauskubus des Bundeshauses in Bonn am Rhein, dessen Plenarsaal leider abgerissen wurde: Bescheidenheit, Sachlichkeit und größtmögliche Schlichtheit, das absolute Gegenbild zu wilhelminischer Prahlerei und faschistischem Ewigkeitsdämmer. Wenn Sie die Einlassungen des fränkischen FDP- Abgeordneten Thomas Dehler im Parlamentarischen Rat lesen, dann erkennen Sie, wie stark damals der antipreußische Reflex war. Für Dehler schien der Weg von Potsdam geradlinig nach Stalingrad geführt zu haben. Er war beschriftet worden, weil 1849 und auch 1866 – der Krieg Preußens gegen den Westen und Süden Deutschlands und gegen Österreich - verkehrt gelaufen waren. In der Schwächung des reaktionären Preußentums durch die Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße, in denen es seine Hochburgen hatte, erblickten Dehler und seine Gesinnungsfreunde, ohne diese Verkleinerung Deutschlands im Übrigen gut zu heißen, eine Chance, 1849 noch einmal zu versuchen, und diesmal mit anderen Stärkeverhältnissen. Hier war also die Hoffnung, einen Schlüsselmoment der Geschichte zu wiederholen und der Geschichte bei dieser Gelegenheit einen anderen Verlauf zu geben.

Auch die **DDR-Verfassung von 1949** würde es verdienen, hier Erwähnung zu finden, wenn sie denn jemals das Papier wert gewesen wäre, auf dem sie gedruckt war. Unverkennbar sind jedenfalls dort die Versuche, an 1849 anzuknüpfen, getreu den Ausführungen, die Ulbricht 1945 bei der Wiedergründung der KPD gemacht hatte: Es komme erst einmal darauf an, die „bürgerliche“ Revolution von 1848/49 zu vollenden. Das war natürlich taktisch gesagt und entsprang der Einschätzung, dass man vorläufig am Bürgertum nicht vorbei kam und es also gewinnen musste. Es ist aber auch der bewusste Versuch, für die neu zu schaffende Ordnung, von der Ulbricht 1945 noch nicht wissen konnte, auf welche Teile Deutschlands sie sich einmal erstrecken würde, eine Verankerung in der Vergangenheit zu suchen.

Damit sind wir schon mitten in jenem seltsamen Wettlauf, auf dem die beiden neuen Staaten versuchten, sich jeweils als das logische Resultat der Vergangenheit zu präsentieren und damit dem anderen die Daseinsberechtigung abzuspochen. In der Bundesrepublik hat sich ein antipreußischer Affekt zwar lange gehalten, aber die radikaldemokratischen Überlieferungen des 19. Jahrhunderts blieben lange vergessen und wurden erst spät, als Folge von Machtverschiebungen im Parteiengefüge, wieder aufgegriffen, zum Beispiel, als Gustav Heinemann seine Autorität als Bundespräsident einsetzte, um in Rastatt ein „Freiheitsmuseum“ zu schaffen. Demgegenüber hatte die DDR ihre Historiker frühzeitig auf die antinapoleonischen Volksbewegungen der Jahre 1809 und 1813 angesetzt und ebenso die sogenannten Deutschen Jakobiner der Vergessenheit entrissen.

Fast schon gespenstisch mutet uns die Sorge an, die sich in den achtziger Jahren im Westen breitmachte, als die DDR ihre Preußenfeindschaft aufgab und das „Erbe“ Friedrichs des Großen zu integrieren begann. Nun glaubten manche im Westen ernstlich, damit werde die DDR die stärksten Stränge der deutschen Geschichte für sich vereinnahmen und die BRD einstmals wurzellos da stehen. Es wurde sogar das Gespenst einer DDR als des „Piemont“ eines künftigen einigen Deutschlands an die Wand gemalt, so wie von dem Königreich Piemont die Einigung Italiens ausgegangen war. Ich sehe hierin eine grandiose Überschätzung des Einflusses von Geschichtspolitik.

Es gab in den achtziger Jahren auch die Idee, man sollte die Erinnerung an die Barrikaden von 1848, die ja auch in Berlin blutig umkämpft gewesen waren, aktivieren, um einen gesamtdeutschen Bezugspunkt zu finden. Deswegen sollte der 18. März

zu einem symbolischen Datum gemacht werden, und es erhoben sich Forderungen, in Westberlin entsprechend Straßen umzubenennen. Tatsächlich hat der 18. März dann eine solche Ehrung erfahren, indem er 1990 zum Datum der einzigen freien Volkskammerwahl in der DDR geworden ist.

1989, das wissen wir, wurde nur möglich, weil die weltpolitische Großwetterlage es zuließ. Trotzdem geben die Ereignisse Anlass zur Traditionsbildung, indem die Form dieses Umschwungs zum Thema gemacht wird. Die Evangelische Kirche hat zunächst die Schutzräume angeboten, in denen sich die Opposition der DDR sammeln und ihre Stimme erheben konnte. Sie hat sodann einen wesentlichen Einfluss auf den Stil des Protests gehabt. Wenn man einerseits die Helden des Rückzugs in jenen Sicherheitsverantwortlichen der DDR erblicken kann, die entschieden haben, nicht scharf zu schießen, so ist andererseits evident, dass die Wehrlosigkeit der Kerzen tragenden Massen dazu beigetragen haben dürfte, die Waffenträger zu entwaffnen. Damit würde die Evangelische Kirche einen Platz in der deutschen Freiheitsüberlieferung einnehmen, den sie seit der Reformation nicht mehr gehabt hat. Es scheint sich ja auch allmählich eine Veränderung im Sprachgebrauch anzubahnen. Mir scheint, der Begriff „Wende“, der anfangs dominierte, scheint langsam zurückzutreten hinter den Begriff „Friedliche Revolution“. Und das wäre ja schon ein Erfolg für Geschichtspolitik via Sprachregelung. Wir haben uns allerdings im Historischen Institut durchaus auch mit der von Studierenden vorgetragenen Meinung auseinandersetzen gehabt, die Ereignisse von 1989 könnten keine Revolution sein, weil sie dem marxistischen Geschichtsparadigma nicht entsprachen, wonach jeweils eine Ausbeuterklasse abgelöst werden muss. Für mich verbindet sich dagegen mit der Vorstellung von der Friedlichen Revolution auch etwas Endgültiges, nämlich der Gedanke, dass zukünftig keine Revolutionen mehr notwendig sein werden.

Das Grundgesetz drückt diese Hoffnung auf seine Weise aus, indem es in seiner neu gefassten Präambel besagt, dass die Deutschen in den namentlich aufgezählten sechzehn Ländern „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet“ haben. Darin ist kein Auftrag an nachfolgende Generationen mehr enthalten.

Im nächsten Jahr [2010] wird der 3. Oktober besonders feierlich begangen werden, wenn wir dann nicht schon von dem ganzen Jubiläumsgeschäft völlig erschöpft sind. Um die Wahl des 3. Oktober als Nationalfeiertag ist bekanntlich viel gestritten worden. Heute ist der richtige Tag, um darüber zu reden. Ich weiß, dass heute Mittag wieder ein Gedenken an der Erinnerungstafel für die Greifswalder Synagoge in der Mühlenstraße stattgefunden hat. Wir müssen dem Arbeitskreis „Kirche und Judentum“ dankbar sein, dass er nun schon seit einer Reihe von Jahren dieses Gedenken veranstaltet. Man hat vorgeschlagen, statt des 3. Oktober den 9. November zum Gedenktag zu machen, weil damit die ganze Komplexität der deutschen Geschichte eingefangen sei. Man könne dann die Revolution des 9. November 1918 ebenso würdigen wie eben das schändliche Pogrom von 1938.

Mir scheint das eine Überforderung zu sein.

Zunächst einmal ist ja der Streit um die Deutung der Novemberrevolution keineswegs beendet. In der Konkurrenz der zwei Parteien aus der Tradition der Arbeiterbewegung, die wir heute in Deutschland haben, ist auch dieser Streit aufbewahrt. Wer hatte Recht? Scheidemann oder Liebknecht? Dazu hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine andere Meinung als die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Mehrheitssozialdemokraten von 1918 haben auf dem gesamtdeutschen Rätekongress im Dezember 1918 per Abstimmung die Entscheidung für die verfassunggebende Nationalversammlung und den Parlamentarismus durchgesetzt. Die unterlegene Minderheit des Spartakusbundes reagierte mit einem bewaffneten Aufstand. An die Toten, die die Niederschlagung dieses Aufstands im Januar 1919 gekostet hat, denken die Sozialdemokraten mit schlechtem Gewissen. Auch wenn sie nicht den Befehl zur Erschießung von Karl und Rosa gegeben haben, wissen sie natürlich, dass der Einsatz der Freikorps auf die Veranlassung des SPD-Regierungsbeauftragten Gustav Noske erfolgt ist.

Diese Geschichte ist also äußerst durchwachsen, sie eignet sich nicht zum Feiern. Erst recht nicht, wenn man Hitlers Versuch hinzunimmt, die Novemberrevolution durch einen Gegenputsch am 9. November 1923 symbolisch ungeschehen zu machen, und schließlich die Synagogenschändungen vom 9. November 1938. Wir sollen also an diesem Gedenktag dazu angehalten werden, das Gute und das Böse in unserer Überlieferung gleichzeitig zu würdigen. Ich bin dagegen der Ansicht, dass es den Deutschen gut tut, wenn sie einmal einen Feiertag haben, an dem sie nicht mit zerquältem Gesicht auftreten müssen. Es kann nicht immer Trauertage geben, es

muss auch einmal ein ungetrübter Freudentag sein. Um ein Beispiel aus dem Festkalender der christlichen Kirchen zu bemühen: Es kann nicht immer Karfreitag sein, es muss auch einmal einen Ostermorgen geben.

Dazu kann der 3. Oktober dienen, der nicht nur den freiheitlichen Aspekt der friedlichen Revolution feiert, sondern der auch geeignet ist zum Gedenken an die außergewöhnliche Tatsache, dass sich die Wiedervereinigung mit der Zustimmung und dem Segen der ganzen Weltgemeinschaft vollzogen hat. Der 3. Oktober ist also auch ein Fest des Friedens nach außen. Ich finde es bedauerlich, dass man diesem Aspekt der Sache leider immer die geringste Aufmerksamkeit zuwendet.

Die zusammenfassende Deutung eines eineinhalb Jahrhunderte umfassenden Geschichtsprozesses ergibt sich also aus dem bewussten Herausgreifen solcher Elemente, die sich zu einer zielgerichteten Geschichte verspinnen lassen. Dabei sind andere Elemente bewusst herausgelassen worden. Nicht, um sie zu unterschlagen. Aber die Geschichte von Deutschland als dem untergangsverliebten größtenwahnsinnigen Obrigkeitsstaat ist zu oft geschrieben worden. Diese Hälfte unserer Geschichte ist wahr, aber sie ist eben nicht die einzige. Vor allem kommt es darauf an, dem Fatalismus zu entrinnen. Das haben uns die besten Vorkämpfer der Freiheit, ob sie nun zu den geschlagenen Liberalen von 1848 gehörten oder zu den Hitlergegnern im Exil, immer wieder vorgemacht.